

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Dezugspreis 2.- Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a. Fernruf: P. T. Jannowitz, 5999. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 169 B

BERLIN • Donnerstag, den 21. Juli 1932

1. JAHRGANG

Offener Terror der Papen-Leute.

Bündnisse der Sowjetunion.

Von Minna Specht.

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt.

Die Entwicklung der politischen Machtverhältnisse in Europa hat für Polen eine besonders gespannte Lage herbeigeführt. Noch im Aufbau seines eigenen Staates begriffen, von Frankreich betreut, eingeklemt zwischen Sowjet-Rußland und Deutschland, haben zwei Momente die Situation für Polen in der letzten Zeit erheblich verschärft: der anwachsende Nationalismus in Deutschland einerseits, der sich täglich an den unglücklichen Grenzbildungen des Ostens von neuem seine Nahrung sucht, die Schwankungen Frankreichs andererseits, das sich ohne vorhergehende Fühlungnahme mit seinen östlichen Verbündeten zu einem Machtbündnis mit England vereinigt hat.

Ob diese wachsenden Schwierigkeiten Polen veranlaßt haben, gerade jetzt seine Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt mit Sowjet-Rußland zum Abschluß zu bringen, darüber wird natürlich amtlich nichts mitgeteilt. Aber immerhin ist es erstaunlich, daß gerade jetzt die Unterzeichnung dieses Nichtangriffspaktes von Polen betrieben wird, ohne daß es dabei auf Rumänien, mit dem es diesen Schritt gemeinsam zu unternehmen versprochen hat, Rücksicht genommen hätte. Die Nachricht über den Abschluß dieses Paktes hat in Rumänien große Erregung verursacht, die sich bis zu dem Vorwurf des Verrats, des Bruchs feierlicher Vereinbarungen, gesteigert hat.

In Genf waren gerade Verhandlungen zwischen dem Rumänen Titulescu und dem russischen Außenkommissar Litwinow im Gang, worin der strittige Punkt des russisch-rumänischen Nichtangriffspaktes, die Rolle Bessarabiens, zur Diskussion stand. Rußland hat sich bisher nicht bereit erklärt, in diesem Pakt den endgültigen Verzicht auf Bessarabien auszusprechen. Es scheint, daß ein Vertrag zwischen den beiden Mächten nur auf der Basis zustande kommt, daß ein Krieg zwischen ihnen als „außerhalb des Gesetzes stehend“ erklärt wird. Zur Zeit ist die Lage so, daß nach den jüngsten Genfer Verhandlungen am Montag zwischen Litwinow und Zaleski das Abkommen getroffen wurde, den russisch-polnischen Nichtangriffspakt innerhalb 14 Tagen in Moskau zu unterzeichnen; um aber den Rumänen die Möglichkeit zu geben, ihrerseits mit Rußland zu einer Vereinbarung zu gelangen, wird die polnische Regierung den Vertrag nicht vor der Wintersonnenwende dem polnischen Parlament zur Ratifizierung vorlegen.

Warum schließt Rußland Nichtangriffspakte?

Die Nichtangriffspakte, die Sowjet-Rußland zur Zeit mit seinen Randstaaten abschließt, geben Anlaß zu mannigfachen Fragen. Was veranlaßt Rußland zur Abschließung solcher Verträge? Genauer: was erwartet es an Nutzen von solchen Dokumenten?

Die Geschichte ist reich an Verträgen, die unter dem Namen der Verteidigungsbündnisse geschlossen wurden und die zerbrachen, wenn ein Staat die Umstände, unter denen sie zustande kamen, für nicht mehr bestehend erklärte; mit anderen Worten, die zerbrachen, wenn ein Partner glaubte, seine Interessen ohne dieses Bündnis besser befriedigen zu können. Man braucht, um diesen völkerrechtlichen Zustand der Mißachtung von Verträgen zu beleuchten, nur die eine Tatsache heranzuziehen, daß Frankreichs Hinweis auf die „Heiligkeit der Verträge“, die es insbesondere für den Versailler Frieden geachtet wissen will, im Großen und Ganzen von allen anderen Mächten als ein bloßes Spiel zu Gunsten eigener Interessen eingeschätzt wird.

Bei dem Souveränitätsanspruch der kapitalistischen Staaten ist es klar, daß alle ihre politischen Bündnisse entweder unter dem Gesichtspunkt geschlossen werden, den Herrschaftsbereich der eigenen Regierung einem übermächtigen Gegner gegenüber zu verteidigen, oder sich durch Zusammenschluß mit einer anderen Macht die Möglichkeit zu schaffen, über einen schwächeren Gegner mit Erfolg herzufallen. Immerhin besteht zwischen kapitalistischen Regierungen der Kodex der Räuber-ehre, wonach sie wohl jederzeit zu einem Machtkampf mit einander bereit sind, sich aber grundsätzlich doch für gleichberechtigt und darum für bündnisfähig halten.

Diese Grundlage ist offenbar zwischen Sowjet-Rußland und den kapitalistischen Regierungen, mit denen es jetzt Nichtangriffspakte schließt, nicht gegeben. Rußland kann von seinem sozialistischen und revolutionären Standpunkt aus das Recht jener kapitalistischen Regierungen, auch nur zu existieren, nicht zugeben und tut dies auch nicht. Es kann für Sowjet-Rußland nichts anderes geben, als diese Staaten in ihrer jetzigen Gesellschaftsform zu vernichten und durch die kommunistische

Eiserne Front und Rote Front sind eins — vor Papen. Warum noch nicht in Wirklichkeit?

W-er. Nachdem bis vor kurzem noch die Reichsregierung erklärt hatte, weder an die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen noch an die Verhängung des Ausnahmezustandes zu denken, hat sie beides jetzt plötzlich getan. Der nationalsozialistische Landtagspräsident

Kerrl leitete die famose Aktion ein, indem gerade er, der Wortführer der anerkannten Unruhestifter, sich darüber beschwerte, daß in Preußen die Ruhe und Ordnung nicht gewahrt sei. Herr von Papen hat prompt, wie es sich für einen Freund der NS gehört, die Herren Hirt-siefer und Severing zu sich gebeten und ihnen erklärt, daß auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung er selber zum Reichskommissar von Preußen ernannt worden sei und Herr Bra-cht, der frühere, Oberbürgermeister von Essen zum kommissarischen preußischen Innenminister.

Severing hat darauf das einzige getan, was man diesem verfassungsmäßig durch nichts gerechtfertigten Vorgehen der Papen-Leute gegenüber tun konnte. Er hat ihnen erklärt, daß er jedenfalls nur der Gewalt weichen würde. Das machte natürlich weder Herrn v. Papen noch die Herren von Papen besondere Schwierigkeiten. Sie haben diese Gewalt prompt eingesetzt und zwar in der Form der Verhängung des Ausnahmezustandes für Berlin und die Mark Brandenburg, womit wir also glücklich wieder so weit sind, daß der zuständige Chef für alle Fragen des Lebens der „Oberkommandierende in den Marken“ ist.

Hinter dieser Regierung und ihrer Tätigkeit stehen nur die Genossen vom Herrenklub und die SA-Mörderbande. Und das alles geschieht in einer Republik und in einer Bevölkerung, die zum weitaus überwiegenden Teil aus aufgeklärten und des Lesens und Schreibens kundigen Arbeitern besteht. Wo sind die aktiven Abwehrkräfte, die einer Komödie, wie sie dem deutschen Volk hier vorgespielt wird, ein Ende bereiten?

Es ist einfach eine empörende Verhöhnung dieses Volkes, wenn sowohl der Kerrl vom preußischen Landtag als auch der der Reichsregierung behaupten, die Schuld an den dutzenden Morden trage die vereinigte kommunistische und sozialdemokratische Hetzpropaganda.

Das heißt die Wahrheit in einer bisher selten erreichten Weise umzudrehen. Jedes Kind weiß, daß die Mordtaten in dieser Fülle gerade von dem Augenblick an auftraten, als die SA ostentativ durch die Papen-Regierung, und zwar gegen den ausgesprochenen Willen mancher Länderregierungen, öffentlich herausgestellt wurde. Bei der Vergangenheit mancher SA-Leute, wie z. B. des Herrn Heines und des Herrn Oberleutnant Schulz und bei der geistigen Haltung des Herrn Kerrl, der erst vor einigen Tagen den bekannten elenden Antrag gegen den Polizeivizepräsidenten Weiß und seine Frau unzensuriert passieren ließ, ist es klar, daß die weniger bekannten SA-Leute jedenfalls in ähnlichem Geist sich betätigen möchten. Auch Herr von Papen mußte dies natürlich wissen. Daß er sich heute hinstellt und angesichts der Unruhen in Preußen heulmeiernd die Hände über dem Kopf zusammenschlägt, halten wir der tatsächlichen Sachlage wenig würdig.

Es wird Zeit, daß diese Regierung und ihre Hinterleute, die dunklen Ehrenmänner aus Ostpreußen und von der Ruhr und die noch dunkleren aus der SA weggejagt werden.

Dazu genügt nicht der Appell an die Wähler zum 31. Juli. Wir halten es für selbstverständlich, daß die jetzige Erschwerung der Meinungsäußerung und überhaupt des politi-

Ordnung zu ersetzen. Das heißt aber, daß alle Verträge, die es mit diesen Staaten schließt, nur den Charakter eines bloßen Waffenstillstandes tragen können, den zu brechen es für sein Recht halten muß in dem Augenblick, wo es über die dazu nötige Macht verfügt.

Praktisch liegt die Sache auf seiten der kapitalistischen Staaten übrigens ähnlich. Freilich sprechen sie sich nicht die Mission zu, den Kapitalismus auf der Welt einzuführen; sie haben vielmehr nur das Bestreben, falls sie dies für nötig halten, ihren eigenen Ausbeutungsbereich zu erweitern. Aber, da sie die Tendenz zur Weltrevolution von seiten des russischen Nachbarn kennen und die Ansteckungsgefahr für die Arbeiterschaft des eigenen Landes fürchten, werden auch sie es, mehr als einem kapitalistischen Partner gegenüber, für ihr gutes

schen Kampfes so gut wie ausschließlich zu Lasten des sozialistischen und republikanischen Volksteils gehen wird. Wir kennen den neuen Oberbefehlshaber für Berlin und Brandenburg nicht. Wir wissen nur, daß es ein General ist, der Herrn Schleicher untersteht. Das genügt!

Wir rechnen damit, daß die Wahl in rabiater Weise für die linken Wähler ungünstig beeinflusst werden wird, und wir sind durchaus der Meinung, daß wir von seiten des Herrn von Papen noch manche Aktionen erleben können, an die bis heute vielleicht noch niemand denkt.

Was soll gegen diese Herrenliquo geschehen? Wir schlagen vor, daß die von uns für den Wahlkampf geforderte Einheitsfront zwischen den sozialistischen Parteien, in die wir schon für etwaige Fälle die christliche Gewerkschaftsbewegung einbezogen hatten, auf noch breiterer Grundlage zu bilden versucht wird.

Es genügt daran zu erinnern, daß eine so freundliche Zeitung wie die „Germania“ schreibt, bei der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erschiene es ihr vergeblich, „noch irgend welchen sachlichen Gründen zu suchen und diese abzuwehren“. Wenn solche Gründe aber nicht bestehen, worin wir der „Germania“ völlig zustimmen, dann kann eben dieser Regierung gegenüber nur der Grundsatz gelten: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Die Regierung hat es sich zuzuschreiben, wenn die Auseinandersetzung mit ihr nicht nach Gründen, sondern nach dem Machtverhältnis vorgenommen wird. Selbstverständlich verlangen wir nicht, Herrn von Papen und seinen Freunden leibliche Gewalt anzutun. Wir glauben bei der Kenntnis ihrer Mentalität, daß es bei ihnen schon genügt, die drohende Gewalt vor Augen zu sehen. Als diese erscheint es uns hinreichend, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft sich vereinigt zu einem energischen Protestschritt, über den man im einzelnen natürlich noch Vereinbarungen treffen müßte.

Vielleicht wäre hierzu ein Proteststreik nützlich oder gewaltige Demonstrationen, denen sich nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das republikanische Bürgertum anschließen könnte, alles dies wirksam unterstützt durch die gesamte linke Presse.

Wir wissen, wie schwer der Gedanke der Einheitsfront in den Köpfen schon der verantwortlichen Arbeiterführer einzu-bürgern ist. Wir müssen trotzdem wieder darauf zurückkommen, weil es einen anderen Weg aus der verfahrenen Situation heraus nicht gibt. In dieser Situation entscheiden sich die Führerqualitäten innerhalb der Arbeiterbewegung. Wer nicht einmal die Richtigkeit des einfachen Gedankens der Einheitsfront begreifen kann, mag überall hingehen, nur nicht in führende Stellen der Arbeiterbewegung.

Es ist sicher nicht zu viel behauptet, daß ein großer Teil der Macht der Regierung Papen nur in der selbstverschuldeten Ohnmacht der Arbeiterschaft wurzelt. Diese Ohnmacht mit einem kühnen und energischen Schritt zu beseitigen heißt: Herrn von Papen einen großen Teil seiner Machtgrundlage unter den Füßen wegzuziehen.

Es wird dann ein Leichtes sein, die schwankenden Gestalten dieses Kabinetts völlig wieder an ihren Ursprungsort zurückzuführen, in die Ledersessel des Herrenklubs, wo sie sich dann weiter, wie die Reichsregierung neulich bissig erklärte, mit „törichtem Klubgeschwätz“ beschäftigen können.

Die amtlichen Dokumente über die Beseitigung der Preußen-Regierung bringen wir an anderer Stelle.

Recht erklären, das Bündnis mit einem kommunistischen Staat zu brechen, wenn z. B. ein Generalangriff auf einen solchen Staat von seiten der Kapitalisten geplant wird.

Was also veranlaßt Rußland, daß nur die Tinte an ein solches Papier zu verschwenden? Auf die Besprechungen zwischen Litwinow und Zaleski, nicht zu Privalkonferenzen über den Wert des Kommunismus benutzt werden, versteht sich von selbst. Ueber den provisorischen Charakter, der dieser Art von Verträgen in besonderem Maße anhaftet, wird sich Litwinow nichts vormachen. Verspricht sich also Sowjet-Rußland von dem Abschluß solcher Verträge eine gewisse Hemmung auf seiten der Randstaaten, den Aufmarschplan gegen über Sowjet-Rußland doch nicht ganz so reibungslos machen, wie dies ohne ein so feierlich unterschriebenes Papier

der Fall sein würde? Oder bietet das Verhandeln mit den Außenministerien dieser kapitalistischen Staaten den russischen Führern die Möglichkeit, sich in der Welt dieser Regierungen ein wenig umzusehen — genau so wie Litwinow, der vom Völkerbund sicher nichts hält und auch gewiß nicht glaubt, daß man die Vorschläge seiner Regierung dort akzeptiert, wochenlang in Genf an den Besprechungen teilnimmt? Im unmittelbaren Umgang mit den Machthabern des kapitalistischen Systems vermag ein Menschenkenner und ein fähiger Diplomat über sie sicher mehr zu erfahren als durch Geheimagenten, die ihm sonst die Kunde von den Machenschaften jener Herren zutragen.

Schließlich kann es sogar sein, daß Sowjet-Rußland den Mächten, mit denen es abschließt, etwas zu bieten hat, wofür es Gegenleistungen einziehen kann. Denn die Staaten der kleinen Entente, die vor allem von Frankreich abhängig sind, fühlen sich sehr wahrscheinlich in mancher Stunde reichlich beengt durch diesen Gönner. Ein Bündnis mit Sowjet-Rußland ermöglicht ihnen unter Umständen, in Paris etwas fester aufzutreten, sich dort nicht alles so gefallen zu lassen, wie dies einem völlig Schutzlosen sonst zugemutet wird. Sobald also eine solche Abhängigkeit besteht, deren Lockerung man erstrebt, bietet sich für Rußland eine Chance auf Grund des Vorteils, den sich der Randstaat durch den Anschluß an Rußland verschafft, selber für einen Nichtangriff eine etwas bessere Gewähr zu finden.

Das ganze Vertragssystem, das die Sowjet-Union jetzt in

jahrelangen Verhandlungen aufgebaut hat, bleibt trotzdem nach wie vor ein schwacher Schutzwall für den bedrohten Arbeiterstaat. Ja man ist eher geneigt, anstatt jenen vorhin angestellten Erwägungen Recht zu geben, in der Tatsache der russischen Paktangebote, vor allen Dingen in dem Angebot an Japan, ein Symptom der ungeheuren Gefahr zu sehen, in die es sich verwickelt, sieht.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die weißgardistische Clique ihren Sitz, außer in der französischen Zentrale, in allen Landgebieten der Sowjet-Union aufgeschlagen hat. Die Vorsicht, die Rußland in allen außenpolitischen Fragen walten läßt, wird ihm durch das Dasein dieser organisierten Gegnerschaft in erhöhtem Maß aufgedrängt. Der Versuch, diejenigen, die den Weißgardisten Asyl gewähren, durch papierne Verträge zu binden, ist ein verzweifeltes Unternehmen!

Rumänien wirft Polen vor, daß es aus Angst vor einem hitlerischen Deutschland seine Ostgrenze schützen und sich freie Hand nach dem Westen verschaffen wolle. Wenn Rußland in 14 Tagen in Moskau den Pakt mit Polen unterzeichnen wird, so wird es sich nicht sagen können, daß es freie Hände nach außen hat; es gewinnt bestenfalls eine Atempause für seinen innern Aufbau, in der es die Meute jener Weißgardisten, die von den kapitalistischen Staaten unterhalten wird, abwehrt.

Ueber die Macht dieser weißgardistischen Gefahr werden wir an Hand der Darstellungen von Barbusse noch berichten.

sei in die Provinz gekommen, um mit dem Gouverneur über den Opiumhandel zu sprechen, den der mandschurische Staat monopolisieren will. — Japan verlangt seinen Anteil an dem Gewinn, den der mandschurische Staat aus der Vergiftung der Bevölkerung zieht; setzen Chinesen sich dagegen zur Wehr, dann antworten die Bomben.

Das Genfer Abschluß-Diktat.

S. H. Das Urteil, in dem wir gestern zu den Vorgängen des Genfer Abschlusses der Abrüstungskonferenz Stellung genommen haben, bestätigt sich durch die neuesten Nachrichten.

Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten hatten am Dienstag Nachmittag eine Sitzung, zu der zum Schluß auch Benesch hinzugezogen wurde und in der eine völlige Einigung über den Text des Schlußprotokolls mit Ausnahme der zu vereinbarenden Herabsetzung der schweren Geschütze erzielt worden ist. Der Entwurf ist in der Nacht zum Mittwoch den übrigen Vertretern der Konferenz übermittelt worden. Die Hauptausschuß-Sitzung der Konferenz, in der der Text zur Diskussion stehen wird, findet am Mittwoch nachmittag statt. Es ist geplant, die Verhandlungen so schnell wie möglich zu beenden und die Konferenz daraufhin für einige Monate zu vertagen.

Der Völkerbund dieser vier Mächte tritt somit offen in Erscheinung, ohne daß die geringste Berechtigung zu diesem Sonderbund vorläge. Denn gerade alle anderen Mächte, vor allen die kleineren Staaten, haben ein viel energischeres Vorgehen in Richtung der Abrüstung bewiesen als diejenigen, die nunmehr über die Zukunft dieser Konferenz beschließen.

Für die deutsche Regierung hat sich die Lage versteift. Nadolny hat nach tagelangem Warten eine halbe Stunde mit Herriot sprechen können, ohne daß darüber etwas Näheres verlautet. Es muß sich in diesem Gespräch gehandelt haben um die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands in Sachen der Rüstungen. Es ist so gut wie sicher, daß das Schlußprotokoll über diesen Punkt keine Entscheidung abgeben wird. Es wird lediglich die Klausel enthalten, daß allen Mächten die Einbringung von Anträgen vorbehalten bleibt.

Dieses brüske Uebergehen einer Auseinandersetzung über die Gleichberechtigungsfrage trägt sicherlich nicht dazu bei, die Widerstände zwischen Deutschland und diesem neuen Mächtebund zu begleichen. Wir haben gestern eingehend dargelegt, daß die Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse, die in den Augen des Auslandes nichts anderes als die Gefahr einer militärischen Wehrhaftmachung des gesamten deutschen Volkes bedeuten muß, sicher zu dieser Haltung der Vier-Mächte-Konferenz beigetragen hat. Man erwäge nur, daß von allen möglichen Delegierten insgesamt 182 Fragen zum deutschen Wehretat gestellt worden sind! Welches Maß an Mißtrauen und Verwirrung in den weitesten Kreisen der Völkerbundsvertreter muß also bestehen.

Bisher haben also seit Lausanne, das darf man sagen, beide Partner, Deutschland sowohl wie Frankreich, dazu beigetragen, die Verständigung zu hintertreiben und die Spannung untereinander zu erhöhen. Deutschland dadurch, daß bei ihm die Forderung der Gleichberechtigung nur die Anmeldung des Rechts auf Aufrüstung bedeutet, und daß es diesen Anspruch durch alle seine Machenschaften im Innern bereits praktisch verwirklicht hat; Frankreich, indem es durch seine neue Koalition seine Machtstellung erhöht hat und, anstatt dieses Gewicht seiner Ueberlegenheit für eine offene Auseinandersetzung aufzubieten, durch Ignorieren und Verhandeln hinter den Türen eine Geheimdiplomatie betreibt, die dem Geist des Völkerbundes direkt ins Gesicht schlägt.

Mussolini baut um!

Am Mittwoch hat Mussolini seine gesamten Ministerien neu besetzt. Er selber hat das Außenministerium und das Korporationsministerium übernommen.

In Estland ist nach mehrwöchiger Regierungskrise ein neues Kabinett gebildet worden, das auf einer Koalition der Agrarpartei mit der nationalen Mittelpartei beruht.

„Außerlichkeiten“ und „Tatsachen“.

Japans Spiel mit dem Völkerbund.

Die japanische Regierung hat durch ihren Außenminister Utschida dem Völkerbund mit zynischer Offenheit sagen lassen, was sie von ihm hält. Der Außenminister teilte mit, die japanische Regierung habe grundsätzlich die Anerkennung der Mandschurei beschlossen; nur der Zeitpunkt der Anerkennung sei noch nicht festgelegt. Er deutet an, Japan werde bereit sein, diesen Zeitpunkt gegebenenfalls noch hinauszuschleppen, um die Arbeiten des Mandschureiausschusses und dessen Bericht an den Völkerbund nicht zu stören.

Japan werde Außerlichkeiten berücksichtigen, falls der Mandschureiausschuß Tatsachen anerkenne.

Wenn der Ausschuß eine Politik des Abwartens empfehle, werde Japan die Mandschurei vorläufig nicht als unabhängigen Staat anerkennen, wohl aber als solchen behandeln. Vorschläge für eine Völkerbundsüberwachung werde Japan nicht annehmen.

Zwei Beispiele für die „Tatsachen“, deren Anerkennung Japan vom Völkerbund fordert:

An der westlichen Linie der chinesischen Ostbahn gehen die Kämpfe zwischen japanischen Truppen und den aufständischen Mandschuren weiter. Die Aufständischen sind geschlagen worden; die Japaner drängen sie in Richtung auf die sowjetrussische Grenze hin.

Auf Anweisung des japanischen Beraters hat die mandschurische Polizei den englischen Zollkommissar in Charbin ausgewiesen, da er sich weigerte, die neuen Zollbestimmungen anzuerkennen und die Zolleinnahmen an die mandschurische Regierung abzuführen.

Die Bedrohung Rußlands.

Dieses weder von rechtlichen Erwägungen noch von irgend einer Gegenkraft in seine Schranken zurückgewiesene Willkürspiel Japans bedeutet außer dem ständigen Mißachten Chinas auch eine dauernde Verschärfung der Bedrohung Rußlands, an dessen Grenze sich der Krieg abspielt und das fortwährend durch kriegerische Vorkommnisse an der Grenze provoziert wird. Gerade in diesen Tagen hat das japanische Außenministerium erneut den Gedanken an einen russisch-japanischen Nichtangriffspakt als „unnötig“ zurückgewiesen. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien normal, das Friedensverhältnis durch den Kellogg-Vertrag gesichert. Auch hier versteckt Japan sich höhnisch

hinter „Außerlichkeiten“, die ihm die ungestörte Herbeiführung der von ihm gewünschten „Tatsachen“ erlauben.

Wenn der Rücksichtslosigkeit des japanischen Vorstosses, der vom Völkerbund kein Riegel vorgeschoben wird, wenigstens die Einheitsfront der unmittelbar Bedrohten entgegengestellt würde! Aber China traut dem kommunistischen Nachbarn nicht über den Weg. Der Kampf gegen den Kommunismus wird in China mit erneuter Stärke geführt: Amtlich ist mitgeteilt worden, daß für den 1. August alle Kundgebungen der chinesischen Kommunistischen Partei verboten worden sind. Die Polizei ist angewiesen worden, energisch gegen die Kommunisten vorzugehen.

Die Verhandlungen über den Nichtangriffspakt zwischen China und Rußland stocken. Sie drohen daran zu scheitern, daß China von Rußland Zugeständnisse über die Mandschurei und die chinesische Ostbahn fordert, die die Sowjet-Union nicht geben will. Ihr Mißtrauen gegen die kapitalistische Nanking-Regierung ist gewiß berechtigt, wie auch deren Beunruhigung über das Vordringen der Kommunisten in China verständlich ist. Der Nutznießer dieser Streitigkeiten ist der Räuber Japan.

Die Frontenbildung in China.

In Kanton hat die chinesische Militärpolizei, wie amtlich mitgeteilt wird, das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Chinas aufgehoben und dabei zwei Parteiführer und mehrere andere Kommunisten verhaftet. Die Verhafteten werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Tschiang Kai-Schek erklärte in einer Parteiversammlung der Kuomintang, die allgemeine politische Lage Chinas habe sich bedeutend gebessert. China sei bereit, mit Japan unmittelbar zu verhandeln und gewisse Zugeständnisse zu Gunsten des japanischen Kapitals zu machen, allerdings nur unter der Bedingung, daß die japanischen Truppen das mandschurische Gebiet verlassen.

Die mandschurische Grenzprovinz Jehol wurde von sechs japanischen Flugzeugen überfallen, die eine Stadt bombardierten. Der chinesische Gouverneur dieser Provinz berichtete dem Führer der chinesischen Aufstandsbewegung, Tschang Hsue Liang, von diesem Angriff und erklärte, er werde sich dem anscheinend geplanten japanischen Einmarsch mit allen Kräften widersetzen. Die Japaner geben den Vorstoß zu: er habe der Befreiung eines von den Chinesen verhafteten japanischen Offiziers gegolten. Dieser Offizier

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Das Flottenkommando beschließt, eine Reihe von Massenverhaftungen durchzuführen. Der Dampfer „Frankfurt“ vom Norddeutschen Lloyd wird zur Unterbringung einer großen Anzahl von Leuten bestimmt. Die Arrestanstalten von Wilhelmshaven sollen weitgehend freigegeben werden.

Zwecks Durchführung der Verhaftungen werden Hafendampfer requiriert. Zur Verhaftung der Meuterer auf „Helgoland“ und „Thüringen“ wird ein besonderer Plan ausgearbeitet, für den eine kriegsstarke Kompanie Seesoldaten, ein Torpedoboot und ein U-Boot gestellt werden. Die Boote bekommen den Auftrag, nötigenfalls mit Granaten in die Vorbatterie, in der die Meuterer sich verschanzt haben, hineinzuschleusen. Der Chef des III. Geschwaders, zu dem auch der „Große Kurfürst“ gehört, erhält die Erlaubnis, mit seinen Schiffen nach Kiel zu fahren. Der Admiral erklärt, seine Leute wieder fest in der Hand zu haben, und in Kiel würden sie auf andere Gedanken kommen.

Am nächsten Tag werden die Verhaftungen durchgeführt.

Der mit den Verhafteten von der „Thüringen“ zurückkehrende Hafendampfer wird von den Mannschaften der ankommenden Flotte mit „Hurras“ begrüßt. Die Matrosen des Flaggschiffes „Friedrich der Große“ dippen vor den vorbeifahrenden Meuterern die Flagge.

Zur selben Zeit geht die schnelle Division „Anker auf“.

Die vier Schiffe verlassen die Jade. Am Rote-Sand-Leuchtturm wechseln sie Kurs, dampfen die Elbe hoch und schleusen bei Brunshütelkoog in den Nord-Ostseekanal ein.

Langsam ziehen die Schiffe durch den Kanal, zwischen den flachen Feldern Schleswig-Holsteins dahin.

Die Matrosen machen wie immer ihren Dienst.

Die Heizer bedienen wie immer die Feuer.

Die Unteroffiziere singen wie immer Befehle aus.

Wie immer winkt an der Böschung ein Bauernmädchen. Auch die Gerichtsoffiziere arbeiten wieder und beginnen mit Massenverhören.

Die Mannschaft ist nach den Zusammenrottungen der Nacht wieder in Teile, in tausend einzelne, zerfallen, die jeder für sich Rede und Antwort zu stehen haben. Die aufgerufenen Heizer und Matrosen kommen gehorsam und machen ihre Aussagen. Aber mit den Aussagen kann der Gerichtsherr nicht viel anfangen. Alle Beschuldigten sagen dasselbe aus, und alle verschonen sich hinter das Dunkel, in dem die Ereignisse sich abspielten:

„Ich habe erzählen hören, aber es war alles finster, und so konnte ich niemand erkennen — ja, das hat jemand gerufen, aber mit verstellter Stimme. — alle liefen in den Heizraum runter, und da bin ich eben mitgelaufen; unten habe ich nichts gesehen, da war das Licht aus — ich habe an der Versammlung in der Vorbatterie nicht teilgenommen, ich ging dahin, weil ich austreten mußte; es standen eine Menge Menschen herum, aber ich sagte mir, ich will mit der Sache nichts zu tun haben. Nein, auf einzelne kann ich mich nicht entsinnen — ich habe in einzelnen Taschen Patronen klappern hören, aber mein Leben ist mir lieb, darum blieb ich in meiner Hängematte. Der Matrose Sonnenkalb, der neben mir schlief, kann das bezeugen — es wurde gerufen ‚Heizerfrei in den Heizraum‘. Ich dachte, es ist ein Befehl, da bin ich eben mitgelaufen.“

Jakob Bonozyk ist an der Reihe.

„Aber Sie waren doch auf Waache. Sie müssen doch gesehen haben, wie sich alles zugeht hat, Bonozyk!“

„Ich bin doch Trimmer, und da habe ich Asche zu hieven, Ich war an Deck mit den Ascheputzen zugange und denke dabei an gar nichts. Und mit einem Male werden unten keine Pützen mehr an den Haken gehängt und keine Asche kommt mehr nach oben. Und wie ich dann runtergehe und unten ankomme, da ist alles voller Leute...“

„Da waren also auch fremde Leute, die nicht in den Heizraum hineingehören?“

„Ja, da waren wohl auch fremde Leute dabei.“

„Na, also, wen haben Sie zum Beispiel gesehen?“

„Da waren viele, aber das Licht war doch aus und alles dick voll Dampf, daß ich überhaupt nichts sehen konnte.“

Der Gerichtsoffizier stöhnt:

„Abtreten! Der Nächste!“

Der Nächste ist Raumschuh.

Raumschuh ist noch immer der Meinung, daß die Zeit des „Versteckspiels“ vorbei sei. Er steht vor dem Untersuchungsrichter und antwortet auf die Fragen: „Jawohl, ich habe mich am Feuerherausreißen beteiligt. Ich hielt den Vorstoß für zwecklos. Nach meiner Meinung hätte er auch die Friedensverhandlungen gestört — jawohl, ich war mir bewußt, daß ich mich durch mein Verhalten strafbar mache, aber ich konnte innerlich einfach nicht dagegen angehen!“

„Danke, das genügt vorläufig!“

Der Gerichtsoffizier läßt Raumschuh abführen.

Endlich einer, der ausgesagt hat — aber die anderen! Er hat eine Liste von über hundert Beschuldigten vor sich liegen, die man erst in tage- und wochenlangen Vernehmungen und in der Einzelhaft des Untersuchungsgefängnisses wird mühe machen können. Und der Kriegsgerichtsrat beginnt zu ahnen, daß Deutschland nicht mehr genug Gefängnisse für die immer größer werdende Menge von Uebertretern der Kriegsgesetze zur Verfügung hat.

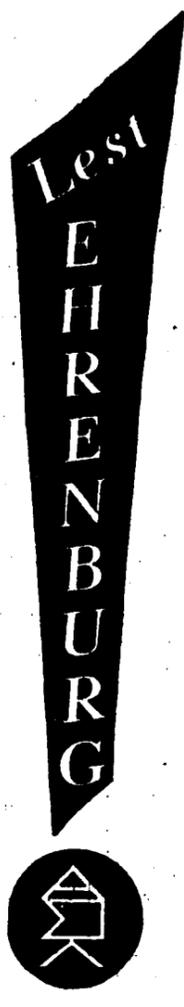
Abends fährt das Geschwader in den Kieler Hafen ein.

„Markgraf“, „Kronprinz“ und „Großer Kurfürst“ machen auf der Reede an den Bojen fest. SMS „König“ fährt weiter bis in die Werft, um in das große Schwimmdock einzuschleusen.

An diesem Abend bekommt niemand Urlaub.

Nur die Barkasse wird klargemacht und bringt den Kommandanten und den Gerichtsoffizier an Land. Am nächsten Morgen legen Hafendampfer neben den Schiffen an — wie in Wilhelmshaven besetzt von Seesoldaten mit aufgepflanzten Seitenwehren.

(Fortsetzung folgt.)



Augenzeugen über Altona.

Ein alter Arbeiter erzählt:
In diesen Arbeitervierteln hatten sich riesige Menschenmengen angesammelt. Alles war gespannt, ob die SA kommen würde. Der Münzmarkt war schwarz von Menschen. Plötzlich ertönt der Ruf:

„Sie kommen!“
Bewegung kommt in die Massen. Man hört in der Ferne wird geschossen. Polizei erscheint und ruft:
„Straße frei! Fenster zu! Es wird geschossen!“

Kaum ist das ausgesprochen, da schießt die Polizei schon auf die Menge. Alles rennt in wilder Flucht auseinander, hinein in die engen Gassen, in Hausgänge und Torbögen. Vielfach sind die Haustüren verschlossen. Die meisten Menschen wissen nicht mehr, wohin. Vorn wird immer noch geschossen. Aus den Häusern wird das Feuer erwidert. Jetzt greift die Polizei mit Maschinenpistolen und Tränengas ein. Ein wahres Schnellfeuer beginnt. Jedes Fenster, das offen ist, wird unter Feuer genommen. Als eine Frau das Fenster schließen will, erhält sie einen Schläfenschuß. Der Alte schloß:

„Ich konnte gar nicht verstehen, wie die Polizei sofort auf die Menge schießen konnte. Sie hätte sie vom Münzmarkt auch mit dem Gummiknüppel vertreiben können.“

Eine Frau hatte gesehen, wie ein Nazi aus dem Zuge eine Seltnerflasche gegen ein Transparent warf. Als daraufhin die Arbeiter schrien: „Jagt die Faschisten fort,“ gab der SA-Führer Befehl:

„SA zum Sturm!“

Etwa 100 SA-Leute stürmten mit Koppeln auf die Arbeiter los. Es kam zu einem wüsten Tumult. Als die Polizei erschien, rief ein Nazi:

„Die haben geschossen!“ Schon erschallte der Ruf:
„Fenster zu! Es wird geschossen!“

In der „Kleinen Freiheit“ hatten Arbeiter drei Kollisionswagen quer über die Straße gestellt und die Polizei und SA mit Schüssen empfangen. Die Polizei setzte zwei Panzerwagen ein und schoß die Straßen regelrecht leer. Erst dann ließ man die Nazihorden durch die Kleine Freiheit im Sturmschritt eilen.

In einen Hof stürmte die Polizei hinein. Als aus einem Fenster auf sie geschossen wurde, flüchtete sie in ein gegenüberliegendes Haus, drang in eine Arbeiterwohnung im zweiten Stock ein und gab von da aus 25 Schüsse auf das Fenster, aus dem geschossen worden war, ab.

Reichswehr und SA in einer Front.

Die „Welt am Montag“ bringt folgenden, von der Zentrumszeitung in Münster im wesentlichen bestätigten Bericht:

Die Bewohner der Stadt Münster waren Anfang Juli Zeugen eines skandalösen Schauspiels. Das II. Bataillon des Infanterie-Regiments 18. kehrte von einer Uebung aus dem Sennelager zurück. Die gesamte münsterische SA wurde auf dem Kanalbrücke mit einem kräftigen „Heil Hitler!“ zu begrüßen. Der an der Spitze der Reichwehrtruppe reitende Stab erwiderte den Hitlergruß der SA- und SS-Leute auf militärische Art. Darauf gliederte sich die Hitlergarde der marschierenden Reichwehrtruppe an und bildete regelrecht den vierten Mann im Glied. In dieser Marschordnung zogen Reichswehr und SA einträchtig durch die ganze Stadt.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Juli erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zusätzlich 36 Pf. Bestellgeld.

Die stets man noch zum Hungern zwingt . . .

P. F. Die kleinen Porzellanfabriken und Glashütten in den sogenannten Industriedörfern — so heißen sie zum Unterschied von den „Heimarbeiterdörfern“ — des Thüringer Walds sind längst ein Opfer der Krise geworden. Sie liegen entweder still oder arbeiten so verkürzt, daß man von „Arbeiten“ im Betrieb kaum noch sprechen kann; in der Porzellanfabrik Scheibe z. B. wird innerhalb von zwei Arbeitswochen nur ein Tag gearbeitet. Von dem an diesem Tag verdienten Lohn bleibt nach Abzug der Versicherungs- und Verbandsbeiträge selbstverständlich nicht viel übrig. Daher bleibt auch für mehrköpfige Familien praktisch nur die Kurzarbeiterunterstützung übrig. Diese beträgt in den meisten Fällen 9 bis 10 Mark in der Woche. Als Wohlfahrts-erwerbslose würden die Kurzarbeiter ungefähr auf die gleiche Unterstützung Anspruch haben, nur würde die Gemeinde wahrscheinlich schon längst keine Unterstützung mehr zahlen können, denn die Zahlungen an die vorhandenen 40 bis 45 Wohlfahrts-erwerbslosen geraten schon jetzt oft ins Stocken.

Diese Zwangslage der Arbeiter wirkt natürlich auch auf den Lohn zurück. Erfreulicher Weise sind die Scheibener „Porzelliner“ fast ausnahmslos freigewerkschaftlich organisiert. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß den außerordentlichen Lohnabbauforderungen der Unternehmer so lange erfolgreich Widerstand geleistet wurde. Bis vor ungefähr zwei Jahren verdienten in Scheibe die Akkordarbeiter (nur von diesen spreche ich jetzt) noch ihren Tariflohn, während es mit dem Akkordlohn in den Porzellanfabriken der umliegenden Orte schon lange sehr schlecht aussah. In den letzten zwei Jahren jedoch ist es auch in Scheibe dem Unternehmer gelungen, den Lohn systematisch abzubauen. Zu diesem Zweck wurden im allgemeinen zwei Methoden angewandt.

Die erste Methode: Der Betriebsleiter ruft die Verantwortlichen der einzelnen Sparten (Obermaler, Oberformer u. s. w.) ins Büro und erzählt ihnen ungefähr folgendes: Eben habe ich von einem Kaufmann einen Brief bekommen. Er will von diesem Artikel (der betreffende Artikel steht auf dem Tisch) so und so viel Stück bestellen, wenn wir ihn so und so viel billiger liefern. Er kann einen ähnlichen Artikel von der Konkurrenz um so und so viel billiger bekommen. Er (der Betriebsleiter) habe ausgerechnet, daß jede Sparte so und so viel nachlassen müßte, wenn der Artikel den gewünschten Verkaufspreis erhalten solle. Dann folgt meist noch, daß es ja auch unerhört sei, für so ein bißchen Arbeit diesen Preis zu verlangen. Die Herren „Ober“ möchten sich dazu äußern.

Die Herren „Ober“ mögen ihre Stellung nicht verlieren und meinen natürlich immer, daß es sich schon machen ließe. Die „Ober“ haben nun die Aufgabe, den Abbau den Arbeitern beizubringen. Sie erzählen erst dasselbe wie der Betriebsleiter. Werden dann Stimmen laut, daß das doch nicht so weiter gehen könne, immer ein Abbau nach dem andern, dann holen sie ihren Trumpf hervor. Wenn ihr nicht machen wollt, dann braucht ihr nur zu sagen, dann machts eben die Fabrik in Katzhütte oder die in Sitzendorf; aber das sage ich euch: mehr, als wenn ihr arbeitslos seid, habt ihr immer noch.

Dies genügt gewöhnlich, um die Arbeiter zum Schweigen zu bringen. Der Akkordsatz wird abgebaut und der Artikel von den Arbeitern mit einigem Murren hergestellt.

Die zweite Methode: Es wird ein Gerücht verbreitet, daß die Besitzerin, die in München wohnt, in nächster Zeit kommen wird, um die Schließung zu veranlassen. Bald danach entdeckt man, daß die Arbeitslöhne für diesen und jenen Artikel zu hoch sind und abgebaut werden müssen. Mit dem Hinweis auf die bevorstehende Schließung lassen sich die Arbeiter den Lohnabbau in den meisten Fällen gefallen. In den seltensten Fällen kam die Besitzerin; und wenn schon,

dann nie, um die Fabrik zu schließen. Aber der Lohnabbau kam sicher.

Um wieviel der Unternehmer mit diesen Methoden den Arbeitern den Lohn kürzen konnte, mag folgendes Beispiel zeigen. Vor drei, vier Jahren verdienten die Maler noch durchschnittlich 35 Mark in der Woche. In den letzten zusammenhängenden Arbeitsperioden im Januar und Februar 1932 (seitdem arbeiten wir kurz) verdienten sie in der Woche nur noch 18 bis 20 Mark im Durchschnitt. Dabei ist das Arbeitstempo wesentlich gesteigert worden. Als ich 1925 als Lehrling eintrat, wurden oft lange und leidenschaftliche Diskussionen über politische und wirtschaftliche Fragen geführt.

Heute ist es ruhig geworden.

An dem einen Tag, an dem innerhalb von 14 Tagen die Arbeiter arbeiten können, sind die Kräfte aufs äußerste angespannt. Frühstücks- und Mittagspausen werden nicht genau eingehalten; oft wird auch abends länger gearbeitet, damit ein noch einigermaßen annehmbarer Tagelohn herauskommt.

D. B. Noch armseliger als der Lohn der Fabrikarbeiter sind die Verdienstmöglichkeiten der Heimarbeiter in der Porzellanindustrie.

Die Arbeiten an kleinen Figuren: Püppchen, Tieren, Heiligenfiguren werden als Heimarbeit ausgegeben. Ist ein Auftrag ausgegeben, dann sieht man allenthalben die Frauen und Mädchen mit ihrer Arbeit über die Straße gehen. Die Figuren werden auf langen Brettern aufgestellt, diese auf Tragkörbe gebunden und so über die Straße, durch enge Türen und schmale Stiegen hinauf kunstvoll balanciert und zum Schluß in der Küche, dem einzigen Aufenthaltsraum für die ganze Familie (einschließlich Katzen und jungen Ziegen) abgeladen.

Dann sitzen alle Familienmitglieder am Arbeitstisch zusammengedrängt und bearbeiten mit hastigen Händen die winzigen Figuren, die kaum in den Fingern zu halten sind. Auch die Kinder, sobald sie nur einigermaßen teilnehmen können, hocken dazwischen und werden zu Handlangerdiensten herangezogen. Die kleineren balgen sich auf dem Boden und wirbeln so den Staub, der beim Arbeiten abfällt, von neuem auf. Das Viehfutter, das in großen Töpfen auf dem Herd brodelt, erfüllt den überhitzten Raum mit durchdringendem Geruch; die Stieglitze, die in ihren engen Käfigen ein kümmerliches Dasein führen, dümmern vor sich hin. Niemand nimmt sich Zeit, auch nur ein Fenster zu öffnen. Man arbeitet angestrengt von früh bis in die tiefe Nacht, um die Aufträge, die sehr kurzfristig ausgegeben werden, rechtzeitig abliefern zu können. Wer mit seiner Arbeit nicht zur rechten Zeit fertig wird, bleibt beim nächsten Auftrag unberücksichtigt.

So wird die Arbeit, auf die man von einer Woche zur anderen wartete, zur qualenden Last. Der Lohn für diese Arbeit war schon immer sehr gering, jetzt ist er so weit herabgedrückt worden, daß

in der Stunde meist weniger als zehn Pfennige verdient werden.

Der Kampf gegen den Faschismus auch in Hamburg verboten!

Die Kommunisten hatten für Dienstagabend vier Versammlungen in verschiedenen Parteilokalen einberufen. Da sie sich mit dem Thema „Antifaschistische Aktion“ befassen wollten, hat die Hamburger Polizeibehörde die Versammlungen aus Gründen der Sicherheit verboten.

Der Prozeß gegen die Luther-Attentäter Dr. Roosen und Kertscher begann am Dienstag vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte.

Was man

in der Kindheit gelernt hat, . . .

W. H. Im D-Zug Berlin—Frankfurt a. M.—Basel unterhalte ich mich mit einer Schwester vom Berufsverband katholischer Gemeindeführerinnen. Sie erzählt von ihrer Tätigkeit für die innere Mission und die Wohlfahrtspflege in Berlin am Wedding, von den leeren Schränken in der Kleiderkammer, von den geringen Mitteln der Wohlfahrtspflege, von ihren Besuchen bei Eltern, deren Kinder noch nicht getauft sind, von den Versuchen Erwerbsloser, von mehreren Organisationen Unterstützung zu erhalten. Diese Schwester aber hat ein Mittel, ihre Leute herauszufinden. Sie läßt sie das Vaterunser beten und das Kreuzzeichen machen, um daran den Katholiken zu erkennen. Auf meinen Einwand, daß es doch Katholiken gibt, die 20, 30 Jahre lang kein Vaterunser mehr gebetet haben, erklärt sie: „Wer dieses Gebet in seiner Kindheit gelernt hat, der vergißt es nicht.“

Ich kenne einen Universitätsdozenten, einen wissenschaftlich selbständigen und fähigen Menschen. Er ist als Katholik erzogen worden, hat sich aber seit Jahren — wie er ehrlich meint — innerlich völlig von der Kirche gelöst. Von Zeit zu Zeit hat er Angesträume: Er stehe vor dem Tod und quäle sich mit der Frage: „Mach ich noch Frieden mit dem Herrgott? Nützt es nichts, dann schadet es doch nichts!“ Er erzählt lachend von solchen Träumen, aber mit einem Schauder.

Die kirchlichen Einflüsse aus der Jugendzeit bestehen fort! Der Religionsunterricht ist kein „Kennenlernen“ des Glaubensbekenntnisses, wie manche Eltern sich einreden, die ihre Kinder diesem Einfluß aussetzen, „damit sie sich später selber für oder gegen die Kirche entscheiden können“. Die Kirche bietet ihre Lehre nicht der Einsicht des Schülers dar, sondern verankert sie in dem unkontrollierten — ja künstlich der Kontrolle entzogenen — Gefühls- und Gewohnheitsleben der ihr ausgesetzten Kinder. So gelingt es ihr, den freien Willen eines Menschen zu lähmen und zu hemmen, selbst wenn sie seine Ehrlichkeit und die Selbständigkeit

seines Denkens nicht auf die Dauer unter das Joch ihrer Dogmen hat zwingen können.

Erziehung zum Knechtsgeist.

Von Leonard Nelson

Den Menschen freizumachen, ist die höchste und einzige Aufgabe der Erziehung. Und doch besteht dauernd die Gefahr, daß gerade die im Namen der Erziehung geschaffenen Anstalten nicht nur diesen Zweck verfehlen, sondern daß sie im Gegenteil mißbraucht werden, um die dem Menschen als Vernunftwesen von der Natur selbst verliehenen Kräfte künstlich niederzuhalten, durch die er sich über die Stufe der Tierheit zu erheben vermöchte, und ihm nur die gefahrlose Freiheit zu lassen, wie anderes Getier auf dem Boden zu kriechen, auf dem auch recht zu stehen seine Menschenwürde von ihm fordert.

Wo in einer Gesellschaft die Erziehungseinrichtungen nicht auf eine andere Grundlage gestellt sind, da kann nur Untertanengeist und Knechtsinn gedeihen. Das Opfer einer solchen Erziehungsmethode zu werden, ist weit schlimmer, als alle Erziehung überhaupt entbehren zu müssen. Denn wer ohne alle Erziehung in natürlicher Wildheit aufwächst, der wird zwar zu keiner Bildung gelangen, er wird aber wenigstens vor dem Schicksal der Verbildung bewahrt bleiben, die nicht nur keine Bildung verleiht, sondern deren schlimmere Wirkung ist, daß sie, indem sie dem Menschen seinen Zustand äußerer Gebundenheit als den ihm allein angemessenen und erstrebenswerten vorspiegelt, den ihm von Natur innewohnenden Freiheitstrieb erstickt und ihn so mit seinem Schicksal obendrein zufrieden macht, wodurch sie ihn der jedem anderen offen stehenden Möglichkeit beraubt, sich durch eigene Anstrengung zu sittlicher Freiheit emporzuarbeiten, und ihn so um allen wahren Wert seines Lebens betrügt.

Wie aber läßt sich verhindern, daß diejenigen, denen die Macht über die Seelen anderer in die Hand gegeben ist, sich von der Versuchung verleiten lassen, diese Macht zu mißbrauchen? Offenbar wird sich das durch kein noch so kunstvoll ersonnenes äußeres Regelwerk erzwingen lassen, sondern nur wieder durch Erziehung. Durch Erziehung muß eine Macht der öffentlichen Meinung gegründet werden, die den hohen Beruf des Erziehers in Ehren hält und die über seine Ausübung wacht und den, der sich an ihm verstößt, als einen verab-

scheuungswürdigen Verbrecher ächtet. Wem dies einmal gelingend wird, der wird der größte Befreier der Menschheit sein. Denn nichts knechtet die Menschen mehr als die ihr Ziel verfehlende Erziehung. Der verderbliche Einfluß einer solchen Erziehung tötet die erwachende Willenskraft. Und wenn der Mensch sich von jedem späteren Druck wenigstens in Gedanken durch das Bewußtsein seiner sittlichen Freiheit losmachen könnte, so wird hier gerade dieses Bewußtsein im Keime erstickt.

(„Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen.“ Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S. 14.)

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Freitag, 22. Juli, 20.15 Uhr. „Handelshof“, Lessingplatz 5. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler.

Bremen: Montag, 25. Juli, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Bildungsvereins „Lessing“, Am Geeren 3. Thema: Mobilisierung der Arbeiterwähler! Redner: Fritz Grob (Berlin).

Göttingen: Freitag, 22. Juli, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Die außen- und innenpolitische Lage und die Reichstagswahl am 31. Juli.

Hamburg-Hammerbrook: Sonnabend, 23. Juli, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Die Mobilisierung der Arbeiterwähler. Redner: Fritz Grob, Berlin.

Köln: Freitag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Deutz: Donnerstag, 21. Juli, 20.15 Uhr, Lokal Arens, Siegburger Str. 60. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache!

Eintritt freil!

Kein Arbeitsbeginn in Belgien.

Die Bergarbeiter des mittelbelgischen Kohlengrube und der Provinz Limburg haben die Fortsetzung des Generalstreiks beschlossen. In *Borinage* haben am Dienstag Urabstimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden. Das Ergebnis ist noch nicht heraus; aber es steht fest, daß bislang nur ein verschwindender Teil der dortigen Bergarbeiter dem offiziellen Aufruf der Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit Folge geleistet hat.

Die Delegierten des *mittelbelgischen* Kohlenreviers haben die Sitzung der Gewerkschaften am Sonntag sogar unter Protest verlassen. Die Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter ist offenbar zum Teil darauf zurückzuführen, daß die bisher getroffenen Vereinbarungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern der Arbeiterschaft selber nur als ein trügerischer Kompromiß erscheinen, da bereits für den August neue Verhandlungen mit den Kohlenherren anberaumt sind. In diesen Verhandlungen werden die Lohnfragen, die einstweilen bis zum 1. November verschoben worden sind, bereits wieder

besprochen werden. Ob das bedeutet, daß schon vor dem 1. November eine Lohnsenkung vorgenommen wird, oder daß nach dem 1. November sofort etwas derartiges geschieht — dieses ganze Manöver des Verhandels mit den Unternehmern erregt mit Recht bei den belgischen Genossen die Besorgnis, daß das was sie jetzt im Sturm gewonnen haben, von den zurückweichenden Gewerkschaftsführern schon wieder preisgegeben wird.

Wie weit hinter der neuen sich stark erweiternden Streikbewegung der Einfluß der III. Internationale steht, den die Telegraphen-Union meldet, läßt sich nicht durchschauen. Die „Rote Fahne“ jedenfalls schreibt nichts davon. Die Wiederaufnahme des Streiks erfolgt jetzt natürlich unter erschwerten Umständen, da die Bergarbeiter damit rechnen müssen, daß sie nun nicht nur gegen die Unternehmer und gegen die Regierung, sondern auch gegen den Generalrat der Freien Gewerkschaften zu kämpfen haben.

Der IGB an die deutschen Arbeiter.

h Berlin, 19. Juli.
Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die deutsche Arbeiterschaft folgenden Aufruf:

„Im Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest, daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt; daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet; daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und

bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisset, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Leider hat die deutsche Arbeiterschaft bis jetzt den wichtigsten Schritt, sich gegen den Faschismus zu wehren, nicht getan. Sie ist von der einheitlichen Abwehrfront weiter entfernt als je. Gelegentlich werden zwischen den Arbeiterpartei Fragen und Antworten gewechselt, denen man von vornherein ansieht, daß sie lediglich Propaganda für die einseitige Einheitsfront“ (womit jeder die der eigenen Partei meint) machen sollen. Auch der ADGB hat die ihm auf diesem Gebiet zufallende Aufgabe immer noch nicht in Angriff genommen.

Trauerfeier für Grothe und Brechlin.

M.S. Am Dienstag nachmittag haben Berliner und Spandauer Arbeiter ihre Genossen Ferdinand Grothe und Georg Brechlin, die in der vergangenen Woche von Siemens-Nazis ermordet worden sind, beerdigt. Die Demonstration, die die Trauerfeier einleitete, mußte infolge des Verbots unterbleiben. Aber die Tausenden, die stumm und ernst zu dem Waldfriedhof hinausgingen, und dann zusammengedrängt dastanden auf dem Platz, auf dem die Särge aufgestellt waren, bedurften kaum der Worte der Empörung über jene Mörder und des Aufrufs zu gemeinsamer Abwehr, die die Redner fanden. Die Ereignisse selber sprachen in der Stille dieses Orts zu jedem ihre eindringliche Sprache — besser als die Ansprachen der beiden kommunistischen Redner. Die einfachen Worte des SP-Arbeiters, der die Trauergrüße einer Reihe von Organisationen überbrachte, fanden den Widerhall, den jeder Akt der Solidarität heute in allen Arbeitern weckt. Die Feier war wichtig und schlicht. Nichts anderes verband alle als der Groll gegen jene Verbrecher und der feste Entschluß, zusammenzustehen gegen jene Zerstörer des Lebens und der Rechte der Arbeiterschaft.

Ein Urteil, das sich sehen lassen kann.

H. D. Ehemalige Sandsteinbläser aus Mühlheim-Ruhr, die an Steinstaub-Lungenleiden erkrankten und dadurch zu Invaliden wurden, haben gegen die „Vereinigten Stahlwerke“ vor Jahren Klage eingereicht. Die Klage wurde von den Arbeitern damit begründet, daß die Firma die Arbeiter gegen den gesundheitsgefährdenden Quarzstaub nicht geschützt habe. Ventilatoren und Abzugsrohre seien ständig in Unordnung gewesen.

Das Gericht hat nun in einem Fall die Firma verurteilt. Der Arbeiter erhält eine nachträgliche Entschädigung von 8822,40 Mark zuzüglich der Zinsen. Davon gehen ab die Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung, die der Arbeiter bis zum Tag des Urteils bezogen hat. Außerdem muß die Firma dem Arbeiter eine monatliche Rente von 150 Mark bis zu seinem 50. Jahre zahlen.

Damit solche Urteile künftig unmöglich werden, wollen die Herren von den „Vereinigten Stahlwerken“, daß der „Wohlfahrtsstaat“ verschwinde.

Kube hat sich wegen des gemeinen nationalsozialistischen Antrags gegen den Polizeivizepräsidenten Weiß schriftlich bei ihm und seiner Frau entschuldigt.

„Kirche und Staat“, ein Bildstreifen, der von der bayerischen Filmoberprüfstelle bereits zugelassen worden war, ist jetzt vom bayerischen Innenministerium verboten worden.

Deutsche Liga für Menschenrechte, Ortsgruppe Nord.

Versammlung am Montag, dem 25. Juli 1932, 20 Uhr, pünktlich, im Restaurant zur Humboldt-Hütte, Brunnenstr. 94 (5 Minuten vom Untergrundbahnhof Gesundbrunnen). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Magistratsrat Dr. Reinemann: „Die Gefahr der Arbeitslosigkeit.“ 2. Besprechung des Vortrags. 3. Verschiedenes. Gäste herzlich willkommen!

Die Reichswahlvorschläge.

Vom Reichswahlausschuß wurden folgende Reichswahlvorschläge zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei;
3. Kommunistische Partei Deutschlands;
4. Deutsche Zentrumsparlei;
5. Deutschnationale Volkspartei;
6. Deutsche Staatspartei;
7. Bayerische Volkspartei;
8. Christlich-sozialer Volksdienst;
9. Deutsche Bauernpartei;
10. Landbund;
11. Deutsch-Hannoversche Partei;
12. Höchstgehalt der Beamten 5000 Reichsmark. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten;
13. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft. Unterstützungsempfänger-Partei Deutschlands;
14. Deutsche Sozialistische Kampfbewegung;
15. Nationale Minderheiten in Deutschland;
16. Nationale Mitte, Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Faschismus und Unsozialismus;
17. Schicksalsgemeinschaft Deutscher Erwerbsloser;
18. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern;
19. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands;
20. Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot — Gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen — Für Arbeitsbeschaffung;
21. Deutsche Volksgemeinschaft.

Die Nummern 6, 7, 10, 13, 16 und 17 fallen bei den Reichswahlvorschlägen aus, weil der Reichsinnenminister diese Nummern vorbehalten hatte für die deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Konservative Volkspartei, die Volkssoziale Reichsvereinigung und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die zwar zuletzt im Reichstag noch vertreten war, aber keine Reichswahlvorschläge eingereicht haben.

Die SAP hat beschlossen, alle ihre Stimmen, soweit sie nicht in einem Wahlkreis für ein SAP-Mandat ausreichen, der KPD zuzurechnen. Auf diese Weise geht wenigstens keine SAP-Stimme verloren. Besser wäre der völlige Verzicht auf eine eigene Liste gewesen, da die SAP im Parlament kaum etwas anderes als die KP tut, man also Geld und Kraft sparen konnte und außerdem die Linkswähler nicht durch so viele verschiedene Arbeiter-Listen verwirrt worden wären.

Damit hätte die SAP praktisch am besten ihre Bereitschaft für die Herstellung der Einheitsfront bewiesen.

„Wahlkampf heißt Austragung der Gegensätze.“ Der falsche Weg!

E. I. Berlin, 19. Juli.
Die SAP veranstaltete heute ihre erste Wahlversammlung in Neukölln, zu der etwa 300 Arbeiter erschienen waren. Paul Fröhlich sprach vor allem über die Notwendigkeit der Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus. Er wies sehr nachdrücklich darauf hin, daß am Scheitern dieser Einheitsfront sowohl die KP als auch die SP die Schuld trägt. Die Einheitsfront sei gescheitert, und jetzt im Wahlkampf müßten die Gegensätze unter den Arbeiterparteien ausgetragen werden. Gerade im Hinblick auf das Versagen dieser beiden Parteien in der für die Arbeiterschaft so wichtigen Frage der Einheitsfront, sollte die Arbeiterschaft die Liste 17 zu wählen. In der Diskussion sprachen neben einigen Kommunisten je ein Genosse von der KPD-O und Irmer vom ISK. Alle Diskussionsredner, die nicht zur SAP gehörten, sagten, daß sie das Aufstellen der Liste 17 nicht verstanden, weil es eine unnötige Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft sei. Der Redner vom ISK wies darauf hin, daß es bei der jetzigen Wahl trotz der verschiedenen Parteien darauf ankäme, einen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu führen und daß jede Arbeiterpartei ihre Aufgabe nicht so sehr darin sehen dürfe, die Gegensätze auszutragen, der anderen Arbeiterpartei die Wähler wegzuziehen, als vielmehr darin, die wahlmüden Arbeiter an die Wahlurne zu bekommen, damit ein legaler Sieg Hitlers auf alle Fälle verhindert würde.

An die Freidenker!

Wir begrüßen den folgenden Aufruf aufs wärmste. Er entspricht der dringenden Forderung für den 31. Juli: Mobilisierung aller Arbeiterwähler — der Forderung, gegenüber der die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Parteien der Arbeiterschaft an Bedeutung zurücktritt.

„Der Sieg des Nationalsozialismus bedeutet die Unterdrückung der gesamten Freidenkerbewegung. Die Deutschenationalen und Nationalsozialisten haben bereits die entsprechenden Anträge im Reichstage und im Preussischen Landtage gestellt.

Wo der Faschismus zur Macht kam, hat er sich mit besonders giftigem Hasse auf die Freidenker gestürzt.

Die Freidenkerbewegung wurzelt in der Freiheit der Meinungsäußerung und der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Daran denkt, wenn ihr am 3. Juli zur Wahl geht. Wer jetzt schläft, erwacht als Sklave und jammert dann umsonst.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände fordert alle freidenkenden Volksgenossen auf, durch aktives Eintreten für die sozialistische Bewegung die Niederlage des Faschismus herbeizuführen.

Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände.
Der geschäftsführende Ausschuß:
C. Peter, M. Sievers, Dr. R. Riemann, T. Mayer.“

Hitler-Pfaffe als Denunziant.

H. Z. Vor ein paar Wochen sollte Hitler durch R. kommen. Viele Menschen standen an der StraÙe, um ihn zu sehen; nach ein paar Stunden wurde bekannt, daß Hitler verhindert sei, zu kommen. Über eine Stunde hatte der Pfarrer von Roddorf mit einem großen Blumenstrauß in der Hand zum Lokal der Nazis herausgesehen, um Hitler zu begrüßen.
Daraufhin traten über 30 Menschen in R. aus der Kirche aus. Sobald der Pfarrer davon Kenntnis erhielt, ging er zu meinem Chef und bat ihn, mich zu entlassen, da ich an den vielen Kirchaustritten schuld sei. Ein paar Tage danach wurde mir wegen „Arbeitsmangel“ gekündigt, jedoch, würde gleich eine andere Kraft wieder für mich eingestellt; so sah es mit dem „Arbeitsmangel“ aus.

Die neue Naziregierung in Schwerin hat den dissidentischen Landesschulrat Puls (SPD) bis auf weiteres beurlaubt.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge, Mäntel
Damen - Mäntel, Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.r. 1
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Relaisaus
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barckstraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
**Unterstützt
Eure
Zeitung!**
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gevorzugt bei Einkäufen
unsere Inseraten!

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Sohränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!
**Otto Pfothenauer, Weimar,
Röhrstr. 40.**

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 8 Pfd netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Ab 15. Juli:
G. W. Pabst:
Kameradschaft
mit Ernst Busch, Alexander
Granach, Fritz Kampers.
„Im Schatten der Maschinen“
Fox tönende Wochenschau.

Soeben erschien in zweiter, unveränderter Auflage:
Die bessere Sicherheit.
Ketzerien eines revolutionären Revisionisten.
Von LEONARD NELSON. 22 Seiten. Geheftet 0,40 Mark.
Kritische
Auseinandersetzung
mit dem „historischen Materialismus“
In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die
„bessere Sicherheit“ für die Erreichung des Sozialismus!
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Aus der reaktionären Dunkelkammer.

Kerl beantragt den Reichskommissar

In einem drei eng beschriebene Schreibmaschinenseiten umfassenden Brief an Papen hat Kerl in seiner Funktion als preußischer Landtagspräsident in aller Form die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen beantragt.

Kerl erwähnt die erfolglosen Verhandlungen mit dem Zentrum um eine Regierungsbildung; er hat dann die Stirn, unter Berufung auf die (von den NS gemachte) „erregte Stimmung“ im Landtag die Nichtberufung des Landtags bis zum 31. Juli zu rechtfertigen; erwähnt Hirtsiefers Ablehnung (in einer Kölner Versammlung am 15. Juli) einer Koalition mit den NS, woraus die Aussichtslosigkeit für die Bildung einer vom Landtag anerkannten Regierung erhelle; sucht die Verfassungswidrigkeit der vom alten Landtag beschlossenen Geschäftsordnungsänderung zu beweisen; behauptet die Unhaltbarkeit des jetzt bestehenden vorläufigen Zustandes in Preußen (der doch in anderen Ländern seit Jahren besteht. Red.); weist hin auf die vor kurzem vom Reichsgericht ausgesprochene Unzulässigkeit der Abberufung eines geschäftsführenden Ministers durch den Landtag. Dann kommt der langen Rede Sinn:

„Ich glaube nicht, daß erst die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in dieser Frage abgewartet werden kann, sondern möchte der Reichsregierung zur Erwägung stellen, ob nicht durch den Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden kann, durch die dieser unwürdige, dem Willen der Mehrheit des preußischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert wird.“

Kerl wiederholt dann die täglichen Anschuldigungen der Nazipresse, daß kommunistische und sozialdemokratische Propaganda das Zunehmen der Morde verschuldet habe, und daß die geschäftsführende preußische Regierung dagegen nicht einschreite. Schließlich hält Kerl sich angeblich „persönlich für verpflichtet, bei der Reichsregierung anzuregen, ob nicht bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen die Polizeigewalt besser vom Reich übernommen wird.“

Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen:

§ 1.
Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Geschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neudeck und Berlin, den 20. Juli 1932.
gez. von Hindenburg.
gez. von Papen.

Die amtliche Begründung.

„Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preußischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen.“

Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die örtlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am strafftesten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelt scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.“

Lob der Polizei, gesungen vom Hamburger Nazi-Blatt!

„Scharf fassen die Beamten zu... Mit besonderen Elan greift die berittene Schupo ein. Die Wut der Beamten steigert sich von Minute zu Minute... Die Polizei ist überall äußerst schwer beschäftigt und benimmt sich ganz hervorragend... Wiederum geht berittene Polizei, die hervorragende Bravour bewies, in Karriere gegen die einzelnen Gruppen vor.“ („Hamburger Tageblatt“ vom 18. Juli.)

Die preußischen Minister bei Papen.

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch vormittag 10 Uhr die preußischen Minister Severing, Hirtsiefer und Klepper in der Reichskanzlei, um ihnen die Verordnung des Reichspräsidenten zu eröffnen und ihnen gleichzeitig mitzuteilen, daß er, der Reichskanzler, als Reichskommissar für Preußen, den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing ihrer Ämter enthoben habe. Gleichzeitig um 10 Uhr empfing der Reichskanzler den Essener Oberbürgermeister Bracht, um ihn als seinen ständigen Stellvertreter mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministeriums zu beauftragen. Der Reichskanzler bat den Minister Severing gleichzeitig, sein Amt an Bracht abzutreten.

Severing weigerte sich jedoch, sein Amt abzugeben, indem er das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung des Reichspräsidenten bezweifelte.

Der Reichskanzler entgegnete, daß die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung durch den Staatsgerichtshof geprüft

werden müsse, daß aber an ihrer Gültigkeit nach ihrem Vollzug durch den Reichspräsidenten und der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler nicht zu ändern sei. Er bat daher den Minister Severing dringend, sein Amt abzugeben.

Severing erwiderte darauf, daß er sein Amt nur unter Anwendung der Gewalt abtrete.

Der Reichspräsident hat darauf eine zweite Verordnung erlassen, wonach über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand erklärt wird. Die vollziehende Gewalt ist daher für Berlin und Brandenburg auf den Befehlshaber des Wehrkreises 3, General Rundstedt, übergegangen. Ihm untersteht auch die Berliner und Brandenburger Polizei.

Ueberholt durch die Liquidierung der preußischen Regierung ist ein Beschluß, den der preußische Staatsrat am Dienstag mit den Stimmen der SPD und des Zentrums faßte: die preußische Regierung solle von der Reichsregierung das Uniformverbot und Maßnahmen gegen illegalen Waffenbesitz und -gebrauch fordern.

Legalitätsausweis für Hitler.

Urteil im Kieler Prozeß.

In dem Prozeß Hitler gegen den Redakteur Wurbs hat sich das Kieler Landgericht endlich entschlossen, Hitler eine Legalitätsbescheinigung auszustellen. Der sozialdemokratische Redakteur wurde am Dienstag verurteilt, folgende Behauptungen zu unterlassen:

Hitler bereite den Bürgerkrieg vor; habe bei der Präsidentenwahl Putschanordnungen erlassen; habe befohlen, die öffentlichen Gebäude zu besetzen, Lebensmittel und Waffen zu requirieren und die Kassen nicht zu vergessen.

Aus der Urteilsbegründung: Der Beklagte sieht die Bürgerkriegsvorbereitung Hitlers in der militärischen Ausgestaltung der SA und SS. Nur wenn diese Vorbereitung geeignet wäre, durch Ausschaltung der verfassungsmäßigen Machtmittel des Staates, durch Waffengewalt oder planmäßige Zersetzung in den Besitz der Macht zu kommen, wäre der Beweis erbracht. Nun sei aber kein Befehl von Hitler selber ausgegeben. Hauptmann a. D. Röhm habe eidesstattlich bekundet, daß SA und SS keine Waffen hätten. Die bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Waffen der SA und SS, wie Revolver, Dolche, Totschläger u. s. w. wären ohne Kampfwert gegenüber Polizei und Reichswehr. Wo vereinzelt Waffen anderer Art gefunden wurden, handele es sich nicht um eine planmäßige Bewaffnung, und überdies sei möglich, daß diese im Zusammenhang mit Grenzsicherungsaufgaben ständen. (Röhm hatte ausgesagt, die SA sei bereits vom ehemaligen Reichswehrminister Groener dazu ausersahen gewesen, im Grenzschutz eingesetzt zu werden. Auch eine planmäßige Zersetzung der NSDAP

in Polizei und Reichswehr sei nicht nachgewiesen worden. Ausforschung der Gesinnung der Polizeibeamten durch die sogenannten SA-Beobachter sei keine Zersetzungsarbeit und Fragebogen seien keine Propagandaschriften. Das Gericht halte also den Beweis der Bürgerkriegsvorbereitung für mißlungen.

Das Gericht hält andererseits aber den Beweis für erbracht, daß die Behauptungen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ unwahr seien. Nachgewiesen sei, daß sich bezüglich der Legalität ein Wandel in der Gesinnung Hitlers seit 1923 vollzogen habe. Die Aufhebung des SA-Verbotes könne nur damit gedeutet werden, daß nach Prüfung des Materials kein hinreichender Grund für ein Verbot als vorliegend erachtet werde.

Im ganzen ist das Urteil durch den ausgebrochenen Bürgerkrieg überholt. Und wer hat den vorbereitet? —

Es ist im übrigen interessant, daß das Gericht bei seiner Begründung die Zusammenarbeit von Reichswehr und SA (Verständigung über die Grenzsicherungsaufgaben) als eine feststehende Tatsache in Rechnung setzt. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit hierüber geführten Verhandlungen haben also offenbar Röhm's Angaben bestätigt.

Wir haben einige Stellen der Urteilsbegründung im Druck hervorgehoben, weil sie für Kommunisten von Interesse sind, denen vor Gericht der Vorwurf der Bürgerkriegsvorbereitung oder der Zersetzung der Reichswehr gemacht werden sollte. Solche Genossen könnten durch einige Argumentationen des Kieler Urteils ihre Richter vielleicht in einige Verlegenheit bringen.

Vier Tote.

Ein SA-Mann erschoss am Dienstag früh einen Reichsbannermann in Recklinghausen, der mit einigen Kameraden Plakate klebte. Der Mörder Werner ist wegen Raubes vorbestraft und wurde von den übrigen Reichsbannerleuten krankenhaushausfähig geschlagen.

SA-Leute erschossen am Montag abend aus einem Auto heraus in Wesseling (Rhein) den an vorausgegangenen Plänkeleien gänzlich unbeteiligten Arbeiter Stupp, der drei Kinder hinterläßt.

In Altona starb der sechzehnte Verletzte.

Ein NS wurde getötet in Hörste bei Hannover.

Nicht nur an vielen anderen Orten Preußens fanden Schlägereien der SA statt, sondern u. a. auch in Bayern: in Memmingen verprügelten etwa 100 Nazis, die an einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei teilnahmen, die Redner und andere Anwesende und zerstörten die Saaleinrichtung. Der Wunsch der Interessenten am Reichskommissar für Preußen, daß die SA nur in diesem Lande ihre Tätigkeit entfalten möge, wird also von der SA keineswegs eingehalten und ist auch in den letzten Tagen von ihr nicht eingehalten worden.

Nationalsozialistische Rechtsbelehrung über das Waffentragen.

H. Lm. „Waffen im politischen Kampf! Gelingt es der Polizei und Regierung nicht, den roten Terror zu brechen, müssen wir zur Selbsthilfe greifen und dabei jede gesetzliche Möglichkeit ausnutzen.“ Unter dieser Ueberschrift bringt der „Völkische Beobachter“ recht interessante Ausführungen des Nazi-Gau-Fachberaters Dr. Hans Triebler.

Zunächst betont dieser ehrenwerte Herr, daß der Besitz einer Schusswaffe — den man von ihrer Führung unterscheiden müsse — grundsätzlich frei sei. Ein verbotenes Waffenlager sei erst bei einem Bestand von mindestens fünf Schusswaffen der gleichen Art gegeben. Ueberhaupt, so sagt Herr Dr. Triebler, fallen bestimmte Schusswaffen wie Druckluftwaffen von geringerem Kaliber als 7 mm, Flobertgewehre (Teschings) mit gezogenem Lauf u. s. w. nicht unter das Schusswaffengesetz, sie könnten also ohne Waffenschein geführt werden. Auch Messer, insbesondere zusammenklappbare Messer, könnten ebenso wie Aexte, Sensen u. s. w. geführt werden, sofern nicht aus ihrer Beschaffenheit hervorgehe, daß sie zwecks Zufügung von Verletzungen an lebenden Körpern angefertigt seien. Ihr Gebrauch könne in der Abwehr nicht einmal eine Bestrafung wegen gefährlicher Körperverletzung zur Folge haben. Allerdings, so führt dieser Pg. weiter aus, dürfe man alle diese schönen Dinge nicht bei politischen Versammlungen, Umzügen bei sich führen. Deshalb weist er auf die Möglichkeit hin, sie während der Veranstaltung abzugeben und sie dann auf dem Heimwege wieder bei sich zu tragen. Ja, selbst das Fahren einer an sich verbotenen Waffe könne evtl. erlaubt sein, wenn diese dazu dienen solle, einen erwarteten Angriff wirksam entgegenzutreten.

Der Schlußsatz dieser juristischen Aufklärung, der ebenso wie die Ueberschrift den Hinweis auf die sogenannte nationalsozialistische Selbsthilfe enthält, zeigt zur Genüge den Zweck des Aufsatzes. Von der Polizei ist deshalb zu verlangen, daß sie die Nazis künftig besonders sorgfältig auf Waffen untersucht.

Nazi-Umgangsformen machen Schule.

Das Benehmen der Nazi-Abgeordneten, vom preußischen Landtag, findet bei deren Gesinnungsfreunden in Wien Nachahmung. Abgeordnete des Heimatsblocks überfielen im Haushaltsausschuß des österreichischen Nationalrats sozialdemokratische Redner mit Aschenbechern und Ledersesseln, die als Wurfgeschosse dienten. Die Ruhe konnte erst wiederhergestellt werden, als der Heimwehr-Abgeordnete Hainze, der die Schlacht mit einem Aschenbecherwurf gegen Otto Bauer eröffnet hatte, gewaltsam aus dem Saal entfernt worden war.

Braunschweiger „Volksfreund“ verboten.

Für drei Wochen!

Klagges hat den „Volksfreund“ (SPD) mit sämtlichen Kopfblättern für die außergewöhnlich lange Zeit vom 19. Juli bis einschließlich 8. August verboten. Die Zeitung hatte in einem Artikel dagegen protestiert, daß der „Eisernen Front“ das Mitführen von Spazierstöcken bei einem Umzug verboten worden sei, während den Teilnehmern eines gleichzeitig stattgefundenen Umzuges des „Stahlhelm“ das Mitführen von Spazierstöcken gestattet gewesen sei. In diesem Zusammenhang hatte der „Volksfreund“ geschrieben, daß das Verbot des Polizeipräsidenten wohl auf eine Anweisung des braunschweigischen Innenministers Klagges zurückzuführen sei. Weiter hieß es dann, daß jeder bei der kommenden Reichstagswahl dafür sorgen müsse, daß den Psychopathen und Halbverrückten die Einflußnahme auf das Parlament verwehrt werde.

Auch in solchen Fällen sollte, da es in Braunschweig nicht möglich ist, in einem noch nicht nationalsozialisierten Lande ein sozialdemokratischer Polizeipräsident oder Innenminister mit dem Verbot einiger NS-Zeitungen antworten. Anlaß dazu bieten sämtliche Nazi-Blätter täglich.

Das Verbot des „Angriff“ ist vom Reichsgericht bestätigt worden.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Produktionskraft und Kaufkraft in den USA 1899 bis 1927.

Die nachstehenden Ausführungen entnehmen wir dem Buch von Fritz Sternberg: „Der Niedergang des Deutschen Kapitalismus“, Seite 103—105 und 119. Wir werden auf das Buch, das demnächst im Verlag Rowohlt (Berlin) erscheint, noch ausführlich zurückkommen.

Die Zahl der Arbeiter in den USA betrug nach dem von Statistischen Reichsamt herausgegebenen Werk „Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927“ (Seite 546):

Verarbeitende Industrie¹⁾

Jahr	Betriebsart	Arbeiter
1899	Betriebe ausschließlich des Handwerks und des Kleingewerbes mit einem Produktionswert unter 500 Dollar	4 713
1904		5 468
1909		6 615
1914		7 036
1914 ²⁾ 1919 ²⁾	Betriebe ausschließlich solcher mit einem Produktionswert unter 5000 Dollar	6 888
		8 990

Quelle: Statistical Abstract of the United States. ¹⁾ Gesamtindustrie einschließlich Hüttenproduktion, ausschließlich bergbauliche Urproduktion. — ²⁾ Ausschließlich Automobilwerkstätten.

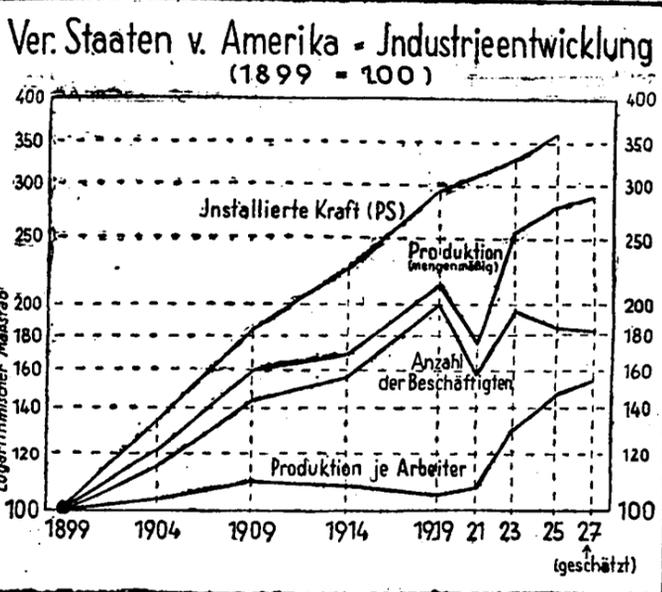
Von 1899 bis 1919 ist also ein ständiger Anstieg. Seitdem aber zeigt die Entwicklung folgendes Bild:

Verarbeitende Industrie

Jahr	Betriebsart	Arbeiter
1921	Betriebe ausschließlich solcher mit einem Produktionswert unter 5000 Dollar	6 938
1923		8 768
1925		8 384
1926		8 353
1927		8 353

1919 ist der Höhepunkt der Beschäftigung der amerikanischen Arbeiter erreicht. Die Zunahme während des Krieges war eine besonders starke. In der Krise von 1920/21 ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter besonders stark zurück, um dann bis 1923 zu steigen. Seit dem Jahre 1923 aber haben wir, wohl gemerkt in der Konjunktur, einen Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Vereinigten Staaten. In der ganzen Konjunkturperiode ist niemals mehr die Zahl der Beschäftigten des Jahres 1923 erreicht worden. Es muß noch einmal betont werden, daß dieser

Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter in die Zeit der Konjunktur fällt.



Was für den Vorkriegskapitalismus als selbstverständlich galt, daß steigende Produktion, steigende Profite von einer Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter begleitet war, trifft für den Kapitalismus der Vereinigten Staaten in dieser Epoche nicht mehr zu.

Man kann die entscheidende Differenz gegenüber dem aufsteigenden Vorkriegskapitalismus nicht plastischer veranschaulichen als durch untenstehendes Schaubild, das der vorhin genannten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts (Seite 546) entnommen ist:

Wenn wir auf dem Schaubild die Entwicklung bis zum Jahre 1914 betrachten, so finden wir einmal eine ziemlich gleichlaufende Kurve der Entwicklung der Produktion und der Anzahl der beschäftigten Arbeiter. Die Produktivität der Arbeit nimmt langsam zu.

Betrachten wir aber die Entwicklung seit 1921, so ist es alles andere eher als gleichlaufend. Die Ziffern der Produktion wachsen stark weiter, die beschäftigten Arbeiter nehmen dagegen nicht mehr zu und die Steigerung der Produktion ohne Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiter wird dadurch möglich gemacht, daß die Produktivität der Arbeit in ungleich schnellerem Tempo wächst als in der Vorkriegszeit. Die außerordentlich große Steigerung der Produktivität gilt nicht nur für die Industrie der Vereinigten Staaten, sie gilt in gleicher Weise für die Landwirtschaft.

Was war die Konsequenz des Rückgangs der Zahl der Beschäftigten in Industrie und Landwirtschaft bereits in der Konjunktur? Die Konsequenz war einmal, daß die Einwanderung gestoppt wurde, daß die Vereinigten Staaten also für die europäischen Länder in immer geringerem Umfange als Auswanderungsland in Frage kamen. Die weitere Konsequenz war, daß die jungen Arbeiter, die jährlich neu in den Produktionsprozess eintraten, nicht mehr voll beschäftigt werden konnten, d. h. also, daß die Zahl der Arbeitslosen bereits in der Konjunktur außerordentlich wuchs. Wenn die Produktivität der Arbeit so schnell steigt, die Zahl der Beschäftigten aber nicht und ebensowenig die Löhne, dann mußte das Auseinanderklaffen von Produktion und Absatz bald sehr bedrohliche Formen annehmen.

In den Vereinigten Staaten versuchte man, das Problem zu vertagen. Man schuf zu einer Kaufkraft der Massen, die ihrem Einkommen entsprach, noch eine Kaufkraft, die einen Teil ihres zukünftigen Einkommens vorwegnahm. Man verkaufte Autos nicht nur an die, die sie kraft ihrer Ersparnisse durch geleistete Arbeit zahlen konnten, sondern auch an die, die die Autos mit einem Einkommen aus den nächsten Jahren kaufen wollten. Der Erfolg war, die Autoindustrie dehnte sich aus, war völlig beschäftigt, und ebenso die Industrien, die sie belieferten, vor allem die Schwerindustrie. Der Krach mußte kommen, das ergab eine sehr einfache Rechnung: Wir nehmen an, ohne Konsumfinanzierung, wie man dies Verfahren nannte, hätte man im Jahre 4 Millionen Autos abgesetzt, mit Konsumfinanzierung 6 Millionen. Die Automobilindustrie stellte dann 500 000 Autos im Monat her, die gesamte Industrie stellte sich auf ein derartiges Quantum ein. Um aber dieses Quantum aufrechterhalten zu können, war es nicht nur notwendig, daß die 2 Millionen, deren spätere Kaufkraft man bereits vorweggenommen hatte, weiter ihr Einkommen in gleicher Höhe behielten, sondern es war dazu notwendig, daß man jährlich 2 Millionen fand, deren Kaufkraft man wiederum vorwegnehmen, „diskontieren“ konnte, die die Möglichkeit der „Konsumfinanzierung“ schufen. Um auch nur eine gleiche Höhe der Automobilproduktion zu erhalten, war eine ständig aufsteigende Konjunktur mit ständig steigendem Einkommen der Massen notwendig. Man nahm dies an, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückging, während die Lohnsummen bereits in der Konjunktur zurückgingen. Daher kam der Krach und die vorausgegangene Konsumfinanzierung hat den Krach nur noch vertieft.

Vom Handelskriegsschauplatz.

1. Deutschland als lachender Dritter.

Irland und England stehen im Handelskrieg. Sie errichten Zollmauern gegen einander. Dem „Daily Herald“ zufolge beabsichtigt die irische Regierung sogar, ein Einfuhrverbot auf englische Kohle zu erlassen. Angeblich ist ein irischer Regierungsbeamter bereits nach Deutschland gereist, um dort große Käufe von Ruhrkohle für Irland in die Wege zu leiten. Nach einer anderen Meldung sind für Irland bereits 10 000 Tonnen deutscher Kohle gekauft worden.

In Südwales herrscht Besorgnis über diese neueste Etappe des Wirtschaftskrieges zwischen England und Irland!

2. Deutschland als weinender Dritter.

Die Handelsbeziehungen zwischen Dänemark und England werden von Monat zu Monat enger, die zwischen Deutschland und Dänemark werden von Monat zu Monat lockerer.

Von dem durch die Krise bedingten Rückgang der dänischen Gesamteinfuhr entfallen zwei Drittel auf Deutschlands bisherigen Anteil; die Einfuhr aus England erhöht sich trotz der Krise. Und das ist der Fall noch vor der englischen Industrieausstellung in Kopenhagen, die zur Förderung der englischen Einfuhr nach Dänemark stattfinden soll.

Eine Kopenhagener Zeitung veröffentlicht eine statistische Uebersicht, nach der sich die dänische Einfuhr auf die einführenden Länder in Prozenten der Gesamteinfuhr folgendermaßen verteilt:

	Für die Einfuhr bewilligte Devisen	
	1. Jan.—1. Sept. 1931	1. Juni—1. Sept. 1932
Deutschland	28,0	13,9
England	13,6	25,2
Norwegen	1,4	1,7
Schweden	6,0	5,4
Island	0,1	0,9
Finnland	0,9	1,5
Rußland	0,8	3,2
Polen-Danzig	1,8	1,7
Holland	3,5	2,4
Belgien	2,6	2,1
Frankreich	2,8	2,8
Italien	0,9	0,5
Schweiz	0,9	1,2
Tschechoslowakei	1,2	0,8
Vereinigte Staaten	8,6	5,5
übrige Länder	9,3	6,3
	82,1	75,1
Getreide und Futtermittel	17,9	24,9
	100,0	100,0

(Für die Einfuhr von Getreide- und Futtermitteln haben die einführenden Kaufleute freie Wahl in bezug auf das Herkunftsland; in der Tabelle ist daher nicht erfasst, daß Deutschland auch in bezug auf die Futtermiteleinfuhr nach Dänemark stark an Boden verloren hat.)

Die Tabelle zeigt manche Verschiebungen in der Zusammensetzung der dänischen Einfuhr. Die Sowjetunion ist zur Zeit wesentlich stärker beteiligt als 1931. Die meisten anderen Lieferländer vermochten ihre Stellung am dänischen Markt zu behaupten. Kein Land ist so stark zurückgedrängt worden wie gerade das benachbarte Deutschland. Die deutsche Butterzollpolitik hat geradezu eine

Umschichtung der dänischen Einfuhr aus Deutschland und England

hervorgehoben. Die Arbeiter der deutschen Exportindustrien mögen sich dafür beim Reichsernährungsministerium bedanken! H. H.

Erhöhung von Agrarzöllen zur Vermeidung von Preissteigerungen.

In München tagte eine Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister. Ein Nationalökonom war anscheinend nicht anwesend. Nach einem Bericht, den wir erhalten, stand die Konferenz auf dem Standpunkt, daß neue starke Maßnahmen zum Schutze der bäuerlichen Erzeugnisse bei den katastrophalen Weltmarktverhältnissen nicht entbehrt werden könnten und deshalb mit Beschleunigung geschaffen werden müßten. Gelingt es nicht, in Kürze hier Hilfe zu schaffen, so dürfte die Gefahr der Produktionseinschränkung und daraus folgend die Gefahr von Versorgungsschwierigkeiten und untragbaren Preissteigerungen nicht unterschätzt werden.

Als Weg zu diesem Ziel (dem Schutz der Konsumenten vor untragbaren Preissteigerungen!) begrüßte die Konferenz die Lösung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die Beseitigung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz und die Kontingentierung der Frühkartoffeleinfuhr, und gab der Erwartung Ausdruck, daß auf diesem Wege mit Tatkraft fortgeschritten würde.

Mit Tatkraft! Das halten wir für wahrscheinlich. Aber mit Verstand? Zollerhöhungen als Maßnahme gegen untragbare Preissteigerungen anzupreisen, das ist bisher unseres Wissens noch nicht vorgekommen. Doch ist die Ausschaltung des Verstandes bei der Vorbereitung wirtschaftspolitischer Maßnahmen ja bisher auch noch nicht restlos durchgeführt gewesen.

Argentinien und das englische Weltreich.

Die Argentinier hatten, als zuerst der Plan von der Britischen Reichskonferenz in Ottawa auftauchte, in London anfragen lassen, ob ein offizieller argentinischer Vertreter als Beobachter nach Ottawa entsandt werden könne. Das wurde abgeschlagen. Nun muß die argentinische Regierung abwarten, was ihr die Konferenz von Ottawa bescheren wird.

Daß sie mit Unruhe abwartet, ist klar, wenn man weiß, wohin die Ausfuhr Argentinens im Jahre 1931 vor allem ging. Die Hauptabnehmerländer nahmen die folgenden Teile der argentinischen Ausfuhr auf:

Großbritannien	38,5%
Frankreich	8,4%
Deutschland	8,2%
U.S.A.	6,0%
Italien	1,8%

Rpt.

Ein Währungsfanatiker

will dem Reichsbankpräsidenten das Ohr öffnen.

Wenn wir hier über die Verhandlungen des Großen Schöffengerichts Berlin-Mitte gegen den früheren Rechtsanwalt Dr. Roosen und den „Nationalökonom“ Kertscher wegen ihres Attentats auf den Reichsbankpräsidenten Luther berichten, so begeben wir uns damit auf ein Grenzgebiet zwischen Nationalökonomie und Psychiatrie.

Auf Dr. Luthers knappe Darstellung des Sachverhalts: daß er am 9. April vor der Abreise nach Basel vor dem Potsdamer Bahnhof angeschossen wurde und daß als Folge eine Dämpfung seines Gehörs zurückgeblieben sei, antwortete Roosen: Das war nicht meine Absicht. Ich habe ja im Gegenteil das Ohr des Reichsbankpräsidenten öffnen wollen.

Das hat Roosen in der Tat auf seine Art und Weise versucht, und er hofft nun, in dem Prozeß die Möglichkeit zu haben, einer weiten Öffentlichkeit für seine Währungsansichten das Ohr zu öffnen.

Daß er den Bericht über seine Tat mit den Worten beginnt: „Ich hatte mir für die Aktion eine schwarze Melone aufgesetzt und einen schwarzen Abendmantel angezogen“ — daß er den Reichsbankpräsidenten fragt, ob er ja an einer Bank gearbeitet habe, ob er von Buchführung etwas verstehe, ob er fremde Sprachen sprechen könne, — das mag ein Psychiater auslegen, wie er will. Das Gericht hat jedenfalls im Einklang mit dem gesunden Menschenverstand das Fragenspiel des „Währungsfachmanns“ unterbrochen.

Was Roosen über die Gründe seines Austritts aus der NSDAP erzählt, unterliegt außerdem der Beurteilung des Nationalökonomens. Roosen sagt, er habe sich ausgerechnet, daß die Nationalsozialisten, wenn sie ans Ruder kämen, zur Ausgleichung ihres Staatshaushalts 12 Milliarden Mark bräuchten. Als Mitglied der Nationalsozialistischen Juristen

und Volkswirte habe er in Leipzig den Antrag gestellt, dieses Geld anzuschaffen. Daraufhin habe man ihn dort für einen verrückten Kauz erklärt, und er sei bei den Nationalsozialisten ausgetreten. — Wenn selbst Nationalsozialisten ein Währungsprojekt für verrückt erklären, brauchen wir uns dazu wohl nicht mehr zu äußern!

Sehr nahe an die Wahrheit kommt Roosen allerdings mit der Schilderung der Reichsbankpolitik in einem Brief vom 10. April, der vor Gericht verlesen wird, und in dem es heißt:

„Der Staat hat das Recht, Steuern zu erheben, um seine Beamten zu bezahlen. Er hat aber nicht das Recht, einen Steuerersatz zu drucken, sonst stiehlt er. Seit neun Monaten bestiehlt die Reichsbank das Volk. Sie gibt Banknoten gegen Kellerwechsel aus. Zwei Milliarden Mark sind auf diese Weise gestohlen und aufgefressen worden von Beamten, Großbanken u. s. w.“

Der folgende Satz des Briefes ist wiederum Stoff für den Psychiater.

„Ein derartiges Delikt, das über dem Gesetz steht, kann man nur durch Tätlichkeit hindern, deshalb haben wir Dr. Luther angeschossen, damit er nicht das ganze Haus wegträgt.“

Der erste Prozeßtag endete unter Beifall des Publikums damit, daß Roosen und Kertscher bis zur nächsten Sitzung aus der Haft entlassen wurden. Sie wurden nicht für die Zwischenzeit in einem Irrenhaus untergebracht! Etwa deshalb, weil die deutschen Irrenhäuser nicht dazu ausreichen, alle am Währungsirrsinn Leidenden aufzunehmen?